

# Der Bürgermeister



Personalrat

Postanschrift: Stadtverwaltung • Postfach 100880 • 40708 Hilden

Herrn  
Bürgermeister Günter Scheib  
Am Rathaus 1  
40721 Hilden

Hausanschrift	Am Rathaus 1, 40721 Hilden
Tel.-Vermittlung	0 21 03 / 72 - 0
Mein Name	Claudia Rehag
Mein Zimmer	E 11
Mein Zeichen	PR
Mein Telefon	0 21 03 / 72 - 127
Mein Telefax	0 21 03 / 72 - 616
Meine eMail	claudia.rehag@hilden.de
Ihre Nachr. vom	
Ihr Zeichen	
Datum	11.04.2007
Öffnungszeiten	Mo + Fr. 8 - 12 Uhr, Di + Mi 8 - 16 Uhr, Do 8 - 18 Uhr
Buslinien	781, 783 u. 784 - Haltestelle „Am Rathaus“
Kassenzeichen	
Bei Rückfragen und Zahlungen bitte stets angeben!	

# Hilden

## Resolution Landespersonalvertretungsgesetz NRW Antrag zur Tagesordnung Ratsitzung 25.04.2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Scheib,

die Landesregierung beabsichtigt, das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG NRW) deutlich abzuschwächen und die Schutzrechte der Beschäftigten einzuschränken.

Die Beschäftigten und die Beamtinnen und Beamten der Stadtverwaltung Hilden haben auf ihrer Personalversammlung am 19.03.2007 die als Anlage beigefügte Resolution beschlossen. Dieser Beschluss wurde entsprechend an den Ministerpräsidenten des Landes NRW und an die Mitglieder des Landestages weitergegeben.

Wir bitten auch den Rat der Stadt Hilden um Unterstützung.

Er möge daher die als Anlage beigefügte Resolution beschließen.

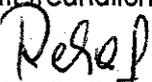
Als Beispiel ist hier auch die Stadt Wuppertal zu nennen. Als gemeinsamer Antrag der Fraktionen:

CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der LINKSPARTEI.PDS

wurde eine Resolution gegen die Änderung des LPVG NRW mit Stimmenmehrheit (gegen FDP und Ratsgruppe Die Republikaner) vom Rat beschlossen.

Ein neues Personalvertretungsrecht wird nur dann tragfähig sein, wenn es zusammen mit den Interessenvertretungen und Beschäftigten weiter entwickelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

  
Claudia Rehag  
Vorsitzende





CDU-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt  
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN im Rat  
der Stadt Wuppertal



Fraktion der  
LINKSPARTEI.PDS  
im Rat der Stadt Wuppertal

Personalrat

21. Feb. 2007

An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal  
Herrn Peter Jung  
Johannes-Rau-Platz 1  
42269 Wuppertal

Gemeinsamer Antrag

Datum 09.02.2007

Drucks. Nr. VO/0144/07  
öffentlich

---

Zur Sitzung am 12.02.2007      Gremium  
Rat der Stadt Wuppertal

---

**Resolution Landespersonalvertretungsgesetz  
Antrag zur Tagesordnung  
Tagesordnungspunkt 4.7**

**Resolution Landespersonalvertretungsgesetz**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Landesregierung beabsichtigt, das Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG NRW) deutlich abzuschwächen. So sollen Mitbestimmungsrechte bei Umsetzungen, befristeten Arbeitsverhältnissen, Kündigungen sowie bei Privatisierungen und Technikeinsatz fallen bzw. drastisch eingeschränkt werden. Daneben soll ein Personaleinsatzmanagement (PEM) eingeführt werden, mit dem Beschäftigte der Landesdienststellen ohne Mitbestimmung des Personalrates versetzt werden sollen, um einen landesweiten flexiblen Personaleinsatz zu gewährleisten und Personalabbau zu fördern.

Der Rat der Stadt Wuppertal möge daher beschließen:

**Resolution**

an die Landesregierung NRW:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die gleichberechtigte Mitbestimmung von Unternehmen und Arbeitnehmern bei der Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung war und ist Grundlage für Erfolg und

Geschlossenheit unseres Landes. Sie wurde folgerichtig in die NRW-Landesverfassung aufgenommen. Mitbestimmung auf Augenhöhe bei der Umsetzung zukunftssträchtiger Reformvorhaben und der Demokratisierung des Wirtschaftslebens, darauf zielten die einstimmigen Beschlüsse von CDU, SPD und FDP bei der Neufassung des Landespersonalvertretungsgesetzes 1974 ab.

Mit verantwortlichem Handeln stellen Personalräte in öffentlichen Verwaltungen auch heute sicher, dass die unterschiedlichsten Interessen von Arbeitnehmern zu gemeinsamen Positionen zusammengeführt und in Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung einbezogen werden. Personalräte genießen das Vertrauen der Belegschaft und sind deshalb die ersten Ansprechpartner der Beschäftigten. Sie sorgen für den sozialen Frieden in den Verwaltungen, machen oft aufgrund ihrer fachlichen Detailkenntnisse frühzeitig auf Fehlentwicklungen aufmerksam und tragen so zum Wohl der Dienststellen bei.

Richtig ist, dass das LPVG einer Weiterentwicklung bedarf. Der Rat der Stadt Wuppertal setzt sich deshalb für Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen bei fortschreitenden Organisationsänderungen und Umstrukturierungsprozessen des Öffentlichen Dienstes im Sinne einer prozesshaften Begleitung durch Personalräte ein.

Mit der Tarifreform im Öffentlichen Dienst wurde den Personalvertretungen mehr Verantwortung in tarifpolitischen Fragen (z. B. Leistungsvergütung, Arbeitszeitflexibilisierung und Qualifizierung) übertragen. Nur starke und qualifizierte Personalräte können diese Themen im Sinne einer modernen und dienstleistungsorientierten Verwaltung platzieren und gemeinsam mit den Verwaltungsspitzen weiter bewegen.

Wir fordern Sie als Ministerpräsidenten dieses Landes auf, sich für den Erhalt der betrieblichen Demokratie im Öffentlichen Dienst und der damit verbundenen Mitbestimmungsrechte einzusetzen. Dazu bedarf es eines konstruktiven Dialogs mit den Gewerkschaften und den Interessenvertretungen der Beschäftigten. Dieser ist aus unserer Sicht nicht hinreichend geführt worden. Ein neues Personalvertretungsrecht wird nur dann tragfähig sein, wenn es nicht im Konflikt gegen Interessenvertretungen und Beschäftigte verändert, sondern gemeinsam mit den Akteuren weiter entwickelt wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Bernhard Simon  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Klaus Jürgen Reese  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Gerta Siller  
Fraktionssprecherin

gez.  
Peter Vorsteher  
Fraktionssprecher

gez.  
Gerd-Peter Zielezinski  
Fraktionsvorsitzender

**Adressaten:**

Ministerpräsident des Landes NRW

Mitglieder des Landtages

Mitglieder des Rates der Stadt Hilden (mit der Bitte um Unterstützung)

**Resolution**  
**der Beschäftigten und der Beamtinnen und Beamten der**  
**Stadtverwaltung Hilden**  
**beschlossen auf der Personalversammlung am 19.03.2007**

**Hände weg von der Mitbestimmung!**  
**Qualifizierte Mitbestimmung für den**  
**Öffentlichen Dienst in NRW erhalten!**

Die NRW-Landesregierung hat mit ihrem „Gesetzentwurf zur Veränderung des LPVG NW“ zum Angriff auf die Mitbestimmungsrechte geblasen. Demokratische Rechte der Beschäftigten und der Beamtinnen und Beamten sollen abgebaut werden.

Die von der Landesregierung NRW angekündigte „Modernisierung des Landespersonalvertretungsgesetzes“ erfüllt in keiner Weise die Ansprüche an eine auch im öffentlichen Dienst zu verwirklichende betriebliche Demokratie. Die Landesregierung betreibt eine Entmündigung der Beschäftigten. Beteiligung an Entscheidungen soll künftig nur noch nach Gutsherrenart stattfinden.

Die Pläne, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen bei personellen Einzelmaßnahmen und allen Technologie-, Organisations- und Privatisierungsangelegenheiten einzuschränken, provozieren unseren Widerstand.

Unsere Schutzrechte geraten in Gefahr, weil die Mitbestimmungsrechte bei personellen Einzelmaßnahmen (z.B. Kündigungen, Umsetzungen) stark eingeschränkt werden sollen.

Gerade in Zeiten von Umstrukturierungsprozessen brauchen wir im öffentlichen Dienst umfassende Informations- und Mitbestimmungsrechte und eine starke und qualifizierte Interessenvertretung.

Die Mitbestimmung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat sich als Ausdruck einer demokratischen Selbstverwaltungskultur bewährt. Wir wollen sie vor obrigkeitstaatlichen Eiferern schützen.

**Wir fordern den Ministerpräsidenten und die Landesregierung auf, endlich in einen konstruktiven Dialog mit den Gewerkschaften einzutreten.**

